

anhaltend am finanziellen Tropf des anderen Landesteils hängt. Inzwischen wächst da etwas, das nicht mehr allein als Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, besteht, sondern als ein Selbstbewusstsein, anders zu sein. Inzwischen macht den Meinungsforschern und Soziologen eine neue Erscheinung zu schaffen: Die kritische Haltung der Westdeutschen zu Freiheit und Demokratie hat sich den Zahlen in Ostdeutschland angenähert. Wer daraus nicht die Ablehnung von Freiheit und Demokratie, sondern die ablehnende Haltung zu ihrem aktuellen Zustand herausliest, muss nicht beunruhigt, kann vielleicht endlich zuversichtlich sein, auch für die Perspektive der deutsch-deutschen Beziehungen. Eben das bin ich, und genau aus diesem Grund. In Westdeutschland beginnen mehr Menschen zu begreifen, dass man die deutsche Vereinigung nicht aus einer selbstgenügsamen und wenig lernbereiten Siegerhaltung heraus behandeln sollte. Viele begreifen, wie veränderungsbedürftig das gesamte deutsche Gemeinwesen ist. In Ostdeutschland beginnt man die Unterwürfigkeit des Verlierers zu überwinden und erinnert sich daran, dass man den Sieg selbst herbeigeführt hat. Produktiveres dürfte es für die Auseinandersetzungen um die künftige, gemeinsame Bundesrepublik kaum geben.

- 1 Viktoria Kaina: Mit Herz und Konto?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37/38-2002.
- 2 Vgl. Die Welt vom 26. 3. 2005, S. 7.
- 3 Vgl. Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 1. 10. 2004.
- 4 Vgl. Der Spiegel 39/2004.
- 5 Manfred Stolpe: Stärken stärken – Aufbau Ost wird konsequent fortgesetzt. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Nr. 379/2004.
- 6 Kaina (Anm. 1).
- 7 Vgl. Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, in: Die Zeit vom 3. 1. 2001.
- 8 Renate Köcher: Der Freiheit entwöhnt. Sicherheitsstreben und egalitäre Tendenzen unterminieren die Wertschätzung des Freiheitsideals, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 3. 1996.
- 9 Elisabeth Noelle-Neumann: Mehr miteinander sprechen. In Deutschland will nicht zusammenwachsen, was zusammengehört, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 7. 2004.
- 10 Gunnar Winkler (Hg): Sozialreport 2004. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 2004, S. 13.
- 11 Zit. in: Markus Linden: Geteilt – vereint – gespalten? Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Frankfurter Hefte 9/2004.
- 12 Winkler (Anm. 10).

Peer Pasternack

Wissenschaftsumbau

Der Austausch der Deutungseliten

Häufig wird konstatiert, dass die Vertretung der Ostdeutschen in herausgehobenen Positionen der vereinigten Bundesrepublik unterdurchschnittlich sei. Das verbindet sich mit ganz verschiedenen Empfindungen. Den einen ist das ein Indiz für eine Kolonialisierung des Ostens durch den Westen. Andere sehen es als Übergangsphänomen, geschuldet dem Umstand, dass revolutionäre Umbrüche nun mal auch einen Elitewechsel nach sich ziehen und dafür in Ostdeutschland keine hinreichende Oppositionselite zur Verfügung gestanden habe, die in größerem Umfang Spitzenpositionen hätte übernehmen können. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass sich ja immer dann, wenn für eine bestimmte Aufgabe ausdrücklich Ostdeutsche gesucht werden, zeige, wie dünn die verfügbare Personaldecke ist.

Deutungskompetenz und die Zusammensetzung der Deutungseliten

Wenn bürgerrechtlich argumentiert werden soll, dann wird man die Problematik leicht mit einer schlichten Zahl illustrieren können. 21 Prozent beträgt der Anteil der Ostdeutschen an der gesamtdeutschen Bevölkerung. Mithin ließe sich nur dann der Verdacht herkunftsbedingter Benachteiligung umstandslos von der Hand weisen, wenn im gesamtdeutschen Durchschnitt auch circa 21 Prozent der herausgehobenen Positionen ostdeutsch besetzt wären.

Das Problem wird mit Zeitablauf selbstredend geringer werden, da bei den nachwachsenden Generationen die regionalen Herkünfte immer weniger eine Rolle spielen. Allerdings wird die erste Generation der diesbezüglich unbeeinträchtigten Ostdeutschen frühestens in 15 bis 20 Jahren in tatsächlich herausgehobene Positionen gelangen können.

Wenn gesellschaftspolitisch argumentiert werden soll, wird es etwas diffiziler. Dann müssen Aussagen getroffen werden, denen es an schlagender statistischer Evidenz mangelt. Denn nun geht es zunächst um subtile Beobachtungen, die allenthalben irritieren: Der Osten wählt anders als der Westen, vor allem unberechenbarer, man findet dort Kindergärten wichtig, glaubt weniger an Gott, badet FKK, bringt es fertig, Konventionalismus und obrigkeitliche Orientierung mit Aufsässigkeit gegenüber staatlicher Autorität zu verbinden, weist ein anderes Geburtenverhalten auf, verfügt über eine eigene politische Partei, die zwar nur ein Fünftel der Wähler wählt, aber eine Mehrheit für wichtig hält, hat zwar selbstbewusste, aber ganz und gar nicht feministische Frauen, findet mehrheitlich eine Berufsausbildung immer noch attraktiver als ein Studium, ist zwar weniger antisemitisch, doch fremdenfeindlicher als der Rest der Republik, hat im Westen völlig unbekannte Idole wie Erwin Strittmatter oder Achim Menzel, kurz: Der Osten tickt anders, und keine etablierte Sozialwissenschaft vermag dies so recht zu erklären. Gleichzeitig klappt es mit dem wirtschaftlichen Aufschwung nicht so richtig, und auch hier hat bislang noch keine Politikberatungsagentur oder Expertenkommission durchschlagende Auswege aus der Misere weisen können.

Wenn sich Deutungen einer Situation und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen als wirkungslos erweisen, dann liegt das meist nicht an der Situation. Es liegt an den Deutern und Empfehlenden. Hier nun dürfte das langfristige Hauptproblem der Ost-West-Verteilung innerhalb des Deutungs- und Gestaltungspersonals zu verorten sein: Die Mischung muss stimmen. Außen- und Innenperspektiven können sich nur dort verbinden, wo sie durch Personen präsent sind. Wenn, um ein banales Beispiel aus dem Alltag zu nennen, in Berlin neue Buslinien eingerichtet und – abgeleitet von Metropole – »Metrolinien« genannt werden, dann wird unwissentlich in Kauf genommen, dass 15 Millionen potentielle Berlin-Besucher, nämlich die aus Ostdeutschland, in die U-Bahn-Schächte laufen werden, um zur »Metrolinie« zu gelangen; denn in Ostdeutschland ist »Metro« als Name der Moskauer U-Bahn geläufig, und niemand käme auf die Idee, dahinter einen Bus zu vermuten.

In der Gestaltung des Transformationsprozesses verhielt sich das ganz ähnlich. Durch eine unzulängliche Integration ostdeutscher Sozial- und Geisteswissenschaftler wurde auf Deutungskompetenz verzichtet, die genuin ostspezifisch ist: Deutungskompetenz

in Bezug auf die Geschichte der sozialistisch durchherrschten Gesellschaften, auf die jetzige ostdeutsche Teilgesellschaft und in Bezug auf die osteuropäischen Transformationsprozesse. Wenn etwa an einer Fachhochschule in Thüringen der Fachbereich Sozialwesen zwar eindrucksvolle 23 Professuren hat, diese aber ausschließlich von Personal mit westdeutscher Biographie und Prägung besetzt sind, dann liegt zumindest eine Frage nahe: Werden die dort ausgebildeten Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen – dereinst zu einem größeren Teil an sozialen Problempunkten in Thüringen eingesetzt – wirklich alle relevanten Facetten auf ihren Weg mitbekommen haben, um die regional spezifischen Problemlagen erfolgreich bearbeiten zu können?

Augenblicklich lassen sich in der Gruppe derer, die aufgrund intimer Feldkenntnis nicht nur kompetent über den aktuellen Zustand der ostdeutschen Teilgesellschaft Auskunft geben können, sondern auch öffentliches Gehör dafür finden, diejenigen mit authentischer Osterkunft an maximal zwei Händen abzählen. Das heißt: Der (notwendige) quasi-ethnologische Außenblick wird nur unzulänglich ergänzt durch den (ebenso notwendigen) Innenblick von Beobachtern, die gesellschaftliche Codes ohne mühsame Übersetzungsanstrengungen zu entschlüsseln vermögen. Daraus ergeben sich immer einmal wieder Interpretationshavarien, die eigentlich vermeidbar wären.

Um das an einem Beispiel zu illustrieren: 1999 veröffentlichte der Hannoveraner Kriminologe Christian Pfeiffer ein Thesenpapier über die Ursachen von Fremdenhass in Ostdeutschland.¹ Er verband dies mit der Präsentation eines Fotos aus einem DDR-Kindergarten: Eine Kindergruppe sitzt in Reih und Glied auf Nachttöpfen und verrichtet gemeinschaftlich die Notdurft – das alsbald sogenannte Töpfchenfoto. Pfeiffer erläuterte, dies sei ein Beweis für die aberwitzige kollektivistische Zurichtung in der DDR, die alle Lebensbereiche umfasst habe: Nicht einmal Pinkelngang sei individuell möglich, sondern an feste Termine und normierte Gruppenabläufe gebunden gewesen. Wer so von Kindheit an aufgewachsen sei, müsse zwar nicht zwingend ein Neonazi werden und Ausländer überfallen, aber zu wundern jedenfalls brauche man sich nicht, wenn es denn so komme.

Daraufhin hieß das, was Pfeiffer sagen wollte, nur noch die »Töpfchentese«. Es herrschte in Ostdeutschland allgemeine Empörung

Die Besetzung von Spitzenposten durch Ostdeutsche in Politik, Gewerkschaften, Medien, Justiz, Militär sowie an Universitäten

Massenmedien – neue Länder und Ostberlin:

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

	Anzahl		Anteil in %		k.A.		k.A.	
	gesamt	Ost West	Ost West	West	in %	in %		
Intendant	3	0 3	0	100	0	0		
Fernsehdirektor	3	1 2	33,3	66,7	0	0		
Hörfunkdirektor	3	1 2	33,3	66,7	0	0		
Chefredakteur	3	0 3	0	100	0	0		
Gesamt:	12	2 10	16,7	83,3	0	0		

Regionale Tageszeitungen Ost

	Anzahl		Anteil in %		k.A.		k.A.	
	gesamt	Ost West	Ost West	West	in %	in %		
Chefredakteur	24	9 14	37,5	58,3	1	4,2		
Verlagsleiter/ Geschäftsführer	24	6 15	25	62,5	3	12,5		
Gesamt:	60	17 39	28,3	65	4	6,7		

Bundesregierung – neue Länder (ohne Berlin):

	Anzahl		Anteil in %		k.A.		k.A.	
	gesamt	Ost West	Ost West	West	in %	in %		
Minister	13	1 12	7,7	92,3	0	0		
Parl. Staatssekretäre	24	4 20	16,7	83,3	0	0		
Staatssekretäre	23	1 20	4,3	87	2	8,7		
Staatsminister	4	1 3	25	75	0	0		
Gesamt:	64	7 55	10,9	85,9	2	3,1		

Landesregierungen – neue Länder (ohne Berlin):

	Anzahl		Anteil in %		k.A.		k.A.	
	gesamt	Ost West	Ost West	West	in %	in %		
Ministerpräsidenten	5	4 1	80	20	0	0		
Minister	52	39 13	75	25	0	0		
Staatssekretäre	51	12 35	23,5	68,6	4	7,8		
Gesamt:	108	55 49	50,9	45,4	4	3,7		

Universitäten – neue Länder und Ostberlin:

	Anzahl gesamt	Anzahl		Anteil in %		k.A.		k.A.	
		Ost	West	Ost	West	in %	in %		
Rektoren	21	4	15	19	71,4	2	9,5		
Kanzler	21	7	8	33,3	38,1	6	28,6		
Gesamt:	42	11	23	26,2	54,8	8	19,0		

Militär (bundesweit):

	Anzahl gesamt	Anzahl		Anteil in %		k.A.		k.A.	
		Ost	West	Ost	West	in %	in %		
General	206	0	206	0	100	0	0		
Oberst	993	0	993	0	100	0	0		
Oberstleutnant	7012	682	6330	9,7	90,3	0	0		
Major	2978	419	2559	14,1	85,9	0	0		
Gesamt:	11 189	1101	10 088	9,8	90,2	0	0		

Gewerkschaften (Bundesvorsitzende/Ost-Landesvorsitzende):

	Anzahl gesamt	Anzahl		Anteil in %		k.A.		k.A.	
		Ost	West	Ost	West	in %	in %		
Bundesvorsitzende stellvertretende	9	1	8	11,1	88,9	0	0		
Bundesvorsitzende	9	0	6	0	66,7	3	33,3		
Landes-/Bezirks- vorstand	30	13	12	43,3	40	5	16,7		
Gesamt:	48	14	26	29,2	54,2	8	16,9		

Gerichte – neue Länder (ohne Berlin):

	Anzahl gesamt	Anzahl		Anteil in %		k.A.		k.A.	
		Ost	West	Ost	West	in %	in %		
Vorsitzende									
Richter	156	5	151	3,2	96,8	2	1,3		
Richter	274	29	245	10,6	89,4	3	1,1		
Gesamt:	430	34	396	7,9	92,1	5	1,2		

Quelle: MDR-Magazin *Umschau*, Leipzig 2004.

über den »Wessi«, der sich da eine Deutungshoheit angemäht und so überdeutlich danebengelegt habe. Denn jeder, der in der DDR gelebt hatte, wusste: Zwar wurden im Kindergarten Kollektivnormen eingeübt, aber dennoch durfte bedürfnisabhängig auf Toilette gegangen werden. Die allgemeine Empörung war unabhängig davon, wie die einzelnen Empörten seinerzeit zur DDR gestanden hatten. Pfeiffer hatte mit dem Foto eine geradezu grandiose Kommunikationshavarie produziert, und diese war weniger witzig, als es der Anlass nahelegen könnte. Denn über das eigentliche Problem, zu dessen Erklärung Pfeiffers Text etwas hatte beitragen wollen, wurde anschließend nicht mehr diskutiert: das im gesamtdeutschen Vergleich überproportionale Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland.

Die mangelnde Präsenz ostdeutscher Sprecher und Sprecherinnen in öffentlichen Debatten des vereinigten Deutschlands hat eine wesentliche Ursache darin, dass die Ostdeutschen dort marginalisiert sind, wo durch öffentliche Finanzierung das Nachdenken professionell betrieben werden kann und dessen Ergebnisse verstetigt in die öffentliche Meinungsbildung eingespeist werden: im Wissenschaftsbetrieb.

Der Wissenschaftsumbau als Arena einer Elitenkonkurrenz

Betrachtet man, was den ostdeutschen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen der Umbruch gebracht hat, so ist zunächst zu konstatieren: Nahezu jede und jeder von ihnen hat seit 1990 eine Veränderung des beruflichen Status erfahren müssen. Die Aufwärtsmobilität (von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin zur Professorin etwa) war dabei signifikant geringer als die Abwärtsmobilität (vom Wissenschaftler zum Vorruheständler, vom Professor zum sogenannten Professor alten Rechts, von der unbefristeten Oberassistentin zur befristeten Projektmitarbeiterin, vom Industrieforscher zum Versicherungsvertreter und so weiter). Im Ganzen ist das ursprünglich tätige Personal stark dezimiert, deutlich vermännlicht sowie verwestlicht worden.

Für einige in der DDR benachteiligte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen hat der Personalaustausch auch eine zuvor undenkbare Chance geboten. Gleichzeitig waren aber auch einst benachteiligte Wissenschaftler von der allgemeinen Welle des Stellenabbaus erfasst.

Lassen sich diese Vorgänge quantitativ beziffern? Ja und nein. Die statistisch abgesicherten Erhebungen, denen sich für unseren Zweck relevante Zahlen entnehmen lassen, sind zum einen überschaubar, zum anderen aber in den Einzelheiten schwer miteinander vergleichbar. Zumindest lässt sich aus ihnen ableiten, dass es in den 90er Jahren eine massenhafte Beendigung von wissenschaftlichen Berufsbiographien gegeben hat. Darüber hinaus kann aufgrund der Schwierigkeiten, welche die vorliegenden Zahlenwerke bereithalten, nur eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen Erfassungen und Hochrechnungen stattfinden. Diese plausible Schätzung ergibt, dass das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist:²

- circa 60 Prozent an den Hochschulen (mit starken regionalen Unterschieden, die daraus resultierten, dass die Hälfte des gesamten DDR-Wissenschaftspotentials auf Ostberlin und die drei sächsischen Bezirke konzentriert war),
- circa 60 Prozent in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 40 Prozent sind heute in Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten tätig, also jenen Instituten, die der Wissenschaftsrat bei seiner Evaluierung als erhaltenswert eingestuft hat),
- circa 85 Prozent in der Industrieforschung (ein Ergebnis vor allem des Wirkens der Treuhand-Anstalt, die wiederum »den Markt« dafür verantwortlich machte, der freilich dafür nichts kann: Es war die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft ausgelagerter Industrieforschungsabteilungen –, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen langen Atem versagte, und diese allgemeine Kapitalschwäche eines bislang planwirtschaftlich verwalteten Siedlungsgebietes kann »dem Markt« nicht direkt zugerechnet werden).

Soweit die deutsch-deutsche Wissenschaftszusammenführung Personen zusammenführte, war sie wesentlich eine Kollision zweier extrem fremder Wissenschaftskulturen. Wolfgang Kaschuba, Ethnologe an der Humboldt-Universität, verdanken wir den Hinweis, dass sich die Situation durchaus im Stile eines ethnologischen Feldtagebuchs beschreiben ließe:

»Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge

und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines interethnischen Kulturkonflikts, nur daß sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden.«³

In der Tat ergaben die Neubesetzungen der Professorenstellen ein deutliches Übergewicht an Personal westdeutscher Herkunft. Differenzierend muss dabei auf erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Fächergruppen hingewiesen werden:

Die Sozial- und Geisteswissenschaften wurden stärker verwestlicht als die Naturwissenschaften. Innerhalb der Letzteren hatten ostdeutsche Professoren in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibschancen, während die Verhältnisse an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichen sind.

Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften wiederum deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften. Doch ist dort intern nochmals zu differenzieren:

Einerseits gibt es Bereiche wie die Politikwissenschaft, die nahezu vollständig westdeutsch besetzt sind, da es dieses Fach so in der DDR nicht gab, während es sich in der Soziologie ausgeglichener verhält: Im Jahr 1997 beispielsweise waren von 53 dort an ostdeutsche Universitäten berufenen Professoren elf in der DDR promoviert oder habilitiert worden.⁴

Andererseits sind in den Geisteswissenschaften Fächer wie die Philosophie, die Geschichts- oder die Literaturwissenschaften sehr westdominant besetzt, während es in den Sprachwissenschaften und den sogenannten kleinen Fächern eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gibt – zumindest solange Pensionierungen und darauffolgende Neubesetzungen noch keine Veränderung bewirken.

Die Ursachen dieser Ungleichgewichte sind nicht ganz so einfach zuzuordnen, wie das die populäre Publizistik gern tut. Einerseits gab es ein strukturelles Dilemma des politisch gewollten Elitenwandels: Wesentliche Voraussetzung dafür, nach 1989 an einer ostdeutschen Hochschule tätig sein zu können, war eine politische Mindestunauffälligkeit in der DDR. Denn wer diese nicht entwickelt hatte, war – im Falle größerer Renitenz – bereits von den DDR-Machthabern aus der Hochschule entfernt worden oder wurde – im Falle politischen Engagements im Sinne der DDR – von

den nach 1989 tätigen Personalkommissionen nicht zur Weiterbeschäftigung empfohlen.

Andererseits lassen sich beispielsweise ostdeutsche Rektoratsämter nicht einfach deshalb mit Ostdeutschen besetzen, um Selbstbewusstseinsdefizite der ostdeutschen Bevölkerung auszugleichen. Zumindest hat manche Hochschule in den letzten Jahren das Ende eines ostdeutsch besetzten Rektorates oder Prorektorates schon mit guten Gründen herbeisehnen müssen. Zwar hat auch nicht jede Besetzung mit einem westdeutschen Kandidaten die Erwartungen erfüllen können, doch scheinen insbesondere die Professionalitätsdefizite bei ostdeutschen Amtsinhabern ausgeprägter. Hier dürfte der Hinweis auf mentale und sozialisatorische Prägungen so berechtigt sein, wie er nicht ewig entschuldigend wirken kann.

Schließlich aber konnte die akademische Grundversorgung Ostdeutschlands vergleichsweise problemlos aus den vorhandenen personellen Ressourcen der westdeutschen Wissenschaft erfolgen. Zwar war in einigen Fächern eine solche Anzahl von Professuren zu besetzen, dass die vorhandenen Personalreserven eigentlich überfordert waren, und die Wettbewerbsfähigkeit der Berufungsverfahren ließ sich häufig nur noch formal aufrechterhalten. Aber es konnte dann immer noch auf Anwärter zurückgegriffen werden, die nach allem menschlichen Ermessen in der westdeutschen Normalsituation ihre Chancen ausgereizt hatten, ohne auf eine Professur gelangt zu sein. Wer westelbisch habilitiert war, konnte beispielsweise in den neu aufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften kaum abgewiesen werden.

Folglich war dies *die* Stunde für Durchschnittsbegabungen – was aber weniger despektierlich gemeint ist, als es klingt: Die meisten Menschen sind Durchschnittsbegabungen, denn der Durchschnitt errechnet sich aus der Streuung zwischen sehr schlecht und sehr gut geteilt durch die Anzahl der jeweiligen Kohortenangehörigen. Der Durchschnitt ist also eine sehr relative Größe, abhängig von der zu einem gegebenen Zeitpunkt vorhandenen Qualitätsstreuung. Das ist bei Professoren und Professorinnen nicht anders als in sonstigen Berufsgruppen. Die Überdurchschnittlichkeit wird erst erkennbar vor der Durchschnittlichkeit.

Hier ist auch ein verbreitetes Vorurteil zu korrigieren: Diejenigen, die an eine ostdeutsche Hochschule kamen, um eine der ersten Gelegenheiten zur Rückkehr nach Westdeutschland zu nutzen, sind ein vergleichsweise geringes Problem. Denn die Rückkehr-

möglichkeiten, die sie nutzen, zeigen immerhin an, dass es sich um Leute handelt, die auch noch andernorts Chancen haben. Eine Hochschule, die solches Personal für einige Jahre binden konnte, kann sich glücklich schätzen. Das sehr viel größere Problem sind diejenigen, die, einmal in einer ostdeutschen Hochschule stationiert, niemals mehr eine Chance erhalten, diese zu verlassen.

Hier liegt nun allerdings ein Grund dafür, dass die Ergebnisse der Besetzungsverfahren auch Beobachtern, die um Unvoreingenommenheit bemüht sind, nicht immer spontan einleuchten. Um eine überdurchschnittliche ostdeutsche Bewerberin hinter sich zu lassen, genügte der westdeutschen Konkurrentin unter den obwaltenden Umständen auch eine Durchschnittsbegabung; und der durchschnittliche Ostbewerber konnte durchaus auch von einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten ausgestochen werden, soweit dieser nicht aus dem Osten kam.

Wirksam wurde hierbei eine Mischung von dreierlei: wissenschaftstypische Konkurrenzstrukturen, habituelle Ost-West-Unverträglichkeiten sowie politische und fachliche Argumente unterschiedlicher Berechtigung. Letztere ließen sich für die ersten beiden instrumentalisieren. Das heißt: Sobald fachliche oder politische Argumente mobilisiert werden konnten, musste das Wirksamwerden habitueller Unverträglichkeiten oder wissenschaftstypischer Konkurrenzstrukturen – wie Schulenbindung oder Patronage – nicht weiter überspielt werden. Indem sie nicht überspielt werden mussten, war die Gefahr gering, dass sie gegebenenfalls in den Berufungsverfahren erkannt und thematisiert werden.

Gleichwohl muss das – je nach Fächergruppe relative oder absolute – Übergewicht westdeutscher Berufungen in Ostdeutschland grundsätzlich weder verwundern, noch muss sich dahinter prinzipiell ein Problem verbergen: Die ostdeutsche Partialpopulation bildet nun einmal nur 21 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften hätte man es wohl auch keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Ebenso ist freilich auf den anderen Umstand hinzuweisen: Die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ostdeutschland wäre insbesondere dann kein Problem, wenn es auch eine dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende Veröstlichung des wissenschaftlichen Personals an westdeutschen Hochschulen gäbe. Dies allerdings ist weder der Fall noch absehbar.

In Deutschland gibt es 39 000 Professoren und Professorinnen. Eine ausgewogene West-Ost-Repräsentanz in der bundesweiten Professorenschaft wäre also bei 8200 Stelleninhaberinnen und Stelleninhabern ostdeutscher Herkunft gegeben. Die letzte Studie zum Thema der Ost-West-Verteilung in herausgehobenen Positionen ermittelte für den Bereich der gesamtdeutschen Wissenschaft, dass lediglich 7,3 Prozent der Elitepositionen ostdeutsch besetzt sind.⁵ Insgesamt ist für die Wissenschaft in Ostdeutschland kein Elitenwechsel zu konstatieren, sondern ein Elitentransfer.

Nachträgliche Bewertungen

Die Einschätzung, dass die ostdeutsche Wissenschaftstransformation suboptimal gelaufen ist, ist mittlerweile über nahezu alle politischen Lager- und Milieugrenzen hinweg weitgehend unstrittig. Im Februar 2002 hat in Berlin auf Einladung von Wissenschaftsrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und Volkswagen-Stiftung eine Tagung unter dem Titel »10 Jahre danach« stattgefunden. Auf dieser bilanzierten Akteure des Wissenschaftsumbaus Ost ihr damaliges Tun und dessen seitherige Wirkungen. Dies schloss deutliche Selbstzweifel und kritische Anmerkungen ein:

»Von Schuld, die man auf sich geladen habe, war die Rede, von der Versündigung an einer ganzen Generation (Horst Kern), von Ungerechtigkeiten (Benno Parthier), [...] von persönlicher Tragik (Manfred Erhardt), von einem schmerzlichen Prozess (Jens Reich), von einer Katastrophe für die Betroffenen (Gerhard Maess [...]), von Fehlentscheidungen der Ehrenkommissionen (wenngleich nur gelegentlichen, Erich Thiess [...]), von ungerechtfertigten Härten an der Humboldt-Universität ([...] Richard Schröder).«⁶

Am deutlichsten äußerte sich der Konstanzer Philosoph Jürgen Mittelstraß, als er ausführte:

»Erlauben Sie mir noch eine persönliche Schlussbemerkung: Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied, das sowohl im Evaluationsausschuss als auch im Strukturausschuss und in vielen Kommissionen beider Ausschüsse gedient hat, einen Wunsch frei haben sollte, dann den, dass wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzu-

reichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden.«⁷

Mittelstraß schloss mit den Worten: »Raffen wir uns auf, hier noch einmal – das Endliche im Blick und das Versöhnliche im Herzen – etwas Selbstverständliches zu tun.« In der Diskussion präzierte er, was er damit meinte: »Lasst uns noch einmal gemeinsam über die Bücher gehen und gutzumachen suchen, was damals an persönlichem Unrecht geschah.«⁸

Widersprüchlich wird heute dagegen bewertet, wie die produzierten Probleme zu den ebenso vollbrachten Leistungen ins Verhältnis gesetzt werden sollten. Denn in der Tat gab (und gibt) es auch beträchtliche Finanztransfers mit grandiosen Ausstattungsverbesserungen der ostdeutschen Forschung und Hochschulen, wurden circa 40 Prozent des Akademiepersonals in Institute der außeruniversitären Forschungsorganisationen integriert, eine flächige Versorgung der ostdeutschen Regionen mit solchen Instituten erreicht und so weiter. (Die Wissenschaftsfreiheit übrigens gehört nicht in diese Aufzählung: Denn diese gab es faktisch seit dem Herbst 1989, ist also nicht der Ende 1990 vollzogenen deutschen Einheit zuzurechnen.) Daneben bestehen Bewertungsdifferenzen darüber, inwieweit der Zeitdruck und die unzulängliche Information, unter denen die seinerzeitigen Transformationsentscheidungen getroffen wurden, unvermeidlich waren bzw. welche Motive ihnen zugrunde lagen.

Ostwissenschaftler heute

Insgesamt gelang eine Systemintegration der ostdeutschen Wissenschaft, doch ging diese nicht mit einer Sozialintegration einher. Heute spielt das wissenschaftliche Personal, soweit es aus der DDR kommt, im Wesentlichen zwei Rollen: eine untergeordnete und eine subkulturelle. Unterschieden werden können drei Personengruppen: die Etablierten, die Halbetablierten und die Nichtetablierten. Halbetablierte sind Wanderer zwischen den beiden Welten des etablierten Wissenschaftsbetriebs einerseits und einer postsozialistischen Wissenschaftssubkultur andererseits.

Die Etablierten sind diejenigen ostdeutschen Wissenschaftler, die sowohl Personalüberprüfungen und Personalstellenabbau als auch den Wettbewerb um neu ausgeschriebene Stellen erfolgreich überstanden haben. Sie spielen heute mehrheitlich die Rolle der Untergeordneten im akademischen Betrieb. Sie sitzen an den Hochschulen typischerweise auf den niedriger besoldeten C3- statt C4-Stellen oder sind im außeruniversitären Bereich eher Abteilungsleiter als Institutsdirektoren, Stellvertreter denn Chefs. Solche hierarchischen Brechungen entlang der Ost-West-Achse führen zu einer wechselseitigen Befestigung zweier Tatbestände: Die hierarchische Untergeordnetheit verursacht eine schwächere Vertretung der Ostdeutschen in örtlichen und überregionalen akademischen und wissenschaftspolitischen Gremien. Das behindert sie darin, ihre unzulängliche Verfügung über symbolisches, (wissenschafts-) politisches und ökonomisches Kapital aufzuholen. Infolgedessen wird wiederum die Unterrepräsentanz in Entscheidungs- und Beratungsgremien fortgeschrieben.

Mit den personellen Umgruppierungen vollzog sich auch eine Entinstitutionalisierung von thematischen und personalen Wissenschaftszusammenhängen. Zahlreiche davon Betroffene ließen dies nicht passiv geschehen, sondern entwickelten aktiv Ausweichstrategien. Hier kamen soziale und kognitive Motivationen zusammen. Zum einen rissen die Abwicklungen diverser Art die meisten aus einem aktiven Berufsleben. Sie waren mithin auf einen eher passiven Lebensabend (noch) nicht eingestellt. Daneben sahen sie sich auch inhaltlich marginalisiert: Der wissenschaftliche Mainstream, zum Beispiel in Bezug auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts, entspricht weithin nicht den von ihnen vertretenen Positionen. Sie schritten daher zu Vereinsgründungen. Die Summe all dieser Aktivitäten führte zum Entstehen einer sogenannten zweiten Wissenschaftskultur. Diese wirkt für die Beteiligten als soziales Bindemittel und bietet ihnen zudem auch den Raum für wissenschaftliche Tätigkeit.

Die derart entstandenen zahlreichen Vereine fungieren ersatzweise als neue akademische Geschäftsstellen, ohne indes mit der Ausstrahlung der staatlich finanzierten Einrichtungen mithalten zu können. In den Vereinen wurde und wird ein reges und anhaltendes Veranstaltungs- und Publikationswesen entfaltet. Es entstand geradezu eine wissenschaftliche Parallelwelt: eine postsozialistische Wissenschaftssubkultur. Deren Integrationsmodus funktio-

niert über Gemeinsamkeiten der thematischen Interessen, die Ablehnung einer Delegitimierung der DDR (was als Delegitimierung der eigenen Lebensleistungen wahrgenommen wird), die Bezugnahme auf Forschungsergebnisse der DDR-Wissenschaft (die ansonsten häufig als »nicht zitationsfähig« betrachtet werden) sowie Referenten- und Autorennetzwerke.

Vom etablierten Wissenschaftsbetrieb werden die Veranstaltungen und Publikationen aus diesen Vereinszusammenhängen nur ausnahmsweise zur Kenntnis genommen. Allerdings lassen sich zwei verschiedene Gruppen von Vereinen typisieren. Zum einen können die Vereine derjenigen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammengefasst werden, die gleichsam abschließend abgewickelt sind, also eine Reintegration ins etablierte akademische System kaum zu erwarten haben. Deren Vereine lassen sich als Not-Institutionalisierungen charakterisieren, da andere Institutionalierungsformen nicht mehr zur Verfügung stehen. Aus ihnen werden kaum wirkungsmächtige wissenschaftliche Strömungen oder dergleichen hervorgehen: Sie sind soziale Rückzugsfelder aller Voraussicht nach endgültig marginalisierter Wissenschaftler. Inhaltlich beschäftigen sich diese Vereine vornehmlich mit der DDR-Geschichte und aktuellen Fragestellungen politischer Analyse. Entsprechend sind dort auch die Historiker überdurchschnittlich vertreten.

Zugleich unterscheiden sich diese Zusammenschlüsse deutlich von sonst üblichen Vereinen. So sind sie etwa keine Geschichtsvereine im hergebrachten Sinne, denn in diesen ostdeutschen eingetragenen Vereinen haben sich nicht Laienhistoriker zur historiographischen Freizeitgestaltung versammelt. Vielmehr ist ihre Arbeit durch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft von vornherein professionalisiert. Infolgedessen erfüllen die dort entstehenden Produkte auch vielfach die herkömmlichen Standards. Erwähnenswert ist, dass neben historisch, gesellschafts- und politikanalytisch arbeitenden Wissenschaftlern auch Naturwissenschaftler und Mediziner in zahlreichen dieser Vereine tätig sind. Deren Aktivitäten krankten naturgemäß daran, dass die meisten keinen Zugang zu angemessener apparativer Ausstattung haben. Daher werden hier vornehmlich wissenschaftstheoretische und wissenschaftsgeschichtliche Fragen behandelt.

Fazit: Als Zerfallsprodukte einer Personen- und Programmabwicklung stehen diese Vereine am Ende von Berufsbiographien

und abgewickelten Forschungsrichtungen. Sie repräsentieren insofern ausgelassene bzw. auslaufende Modelle.

Zum anderen gibt es die Gruppe der in engerem Sinne sozialwissenschaftlich ausgerichteten Vereine. Sie suchen aktiv empirische Sozialforschung zu betreiben und dafür Drittmittel zu akquirieren. Die Drittmittelwerbung gelingt ihnen auch zum Teil erfolgreich, da sie stärker als geisteswissenschaftlich arbeitende Zusammenschlüsse sozialtechnologisch verwertungsrelevantes Wissen zu produzieren vermögen. Ihre Mitglieder sind vielfach im mittleren Erwerbsalter. Sie nutzen die Vereinskonstruktion lediglich aus pragmatischen Gründen als berufsbiographische Zwischenstation und streben meist ausdrücklich die Rückkehr in Universitäten oder Forschungsinstitute an. Solche Vereine hängen und hängen allerdings existentiell an öffentlichen Forschungsaufträgen.

Diese Vereine könnten eine Brücke in die Zukunft sein. Neben den Evaluationen von Instituten Anfang der 90er Jahre haben sie eine weitere Evaluation bewältigt: die durch das Leben. Deren Kriterien waren und sind die Anforderungen, die heute üblicherweise an einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin gestellt werden: Er oder sie soll originell und zugleich nicht völlig inkompatibel mit dem Mainstream sein, zugleich flexibel, mobil und innovativ, im weiteren eifrig publizierend, geldeinwerbend, nicht zu vergessenen Kommunikationsfähigkeit besitzen wie auch ein gewisses Talent für Präsentation und Projektmanagement, und schließlich möge man multitasking-fähig sowie stressstabil wirken. All das ist bei den Angehörigen der sozialwissenschaftlichen Vereine gegeben.

Nachdem die etablierte Transformationsforschung viele Erwartungen nicht erfüllt hat, steht die Etablierung einer Ostdeutschlandforschung an – denn die Probleme der Transformation haben sich mit dem faktischen Abschluss der Transformation nicht erledigt. Die Ostdeutschlandforschung wird vermutlich dann erfolgreicher sein können als ihre Vorgängerin, wenn eines der beweglichsten Segmente des deutschen Wissenschaftsbetriebes – die frei organisierte sozialwissenschaftliche Forschung im ostdeutschen Siedlungsgebiet – prominent eingebunden wird.

- 1 Vgl. Christian Pfeiffer: Untertanengeist zählte mehr als Individualität, Hannover 1999, <http://home.t-online.de/Gplatzdasch/nd04.htm> (Zugriff: 24.2.2003).
- 2 Grundlage dieser Zusammenschau sind: Werner Meske: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1993; Hansgünter Meyer: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, Berlin 1993; Thomas Neie: Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990–1993, in: hochschule ost 1/1996, S. 133–148; Gertraude Buck-Bechler, Hans-Dieter Schaefer, Carl-Hellmut Wagemann (Hg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim 1997; Dirk Lewin: Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1997; Anke Burkhardt: Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, Wittenberg 1997; Arno Hecht: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig 2002.
- 3 Wolfgang Kaschuba: Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt, in: Süddeutsche Zeitung vom 20./21.3.1993, S. 49.
- 4 Vgl. Jürgen Kaube: Soziologie, in: Jürgen Kocka, Renate Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 255–301, hier S. 297.
- 5 Vgl. Jörg Machatzke: Die Potsdamer Elitestudie. Positionsauswahl und Ausschöpfung, in: Wilhelm Bürklin, Hilke Rebenstorf (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, S. 65–67. Dass eine Studie von 1997 die jüngste zu diesem Thema ist, darf im Übrigen als Bestandteil des Problems notiert werden: Das Interesse an der empirischen Erfassung solcher Ost-West-Verteilungen ist nicht so brennend, dass sich dafür irgendwo die nötigen Forschungs- und Finanzressourcen fänden.
- 6 Vgl. Jakob Wegelin: Geklonte Defizite. Ein Symposium der Evaluierer hält nach zehn Jahren ratlose Rückschau auf die Wissenschafts-Transformation in Ostdeutschland, in: Leibniz Intern Nr. 12, 30.4.2002, S. 13–15, hier S. 14 f.
- 7 Jürgen Mittelstraß: Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik?, in: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): 10 Jahre danach, Essen 2002, S. 29–32, hier S. 32.
- 8 Vgl. hierzu Wegelin (Anm. 6), S. 15 und Mittelstraß (Anm. 7), S. 10 f.

Kristina Volke

Der Wandel der Kulturlandschaft

Über strukturelle Krisen und ihre
Potentiale zur Innovation

»Die Theaterkrise in der Bundesrepublik war früher eine Krise der Erschöpfung nach wilden Zeiten, nach denen man plötzlich glaubte, jetzt könne nichts mehr kommen. Sie ist heute ein kleiner, recht unbedeutender Teil einer allgemeinen Krise der Gesellschaft, die ihr gesamtes Verhältnis zur Sphäre des Ökonomischen neu bestimmt. Nach der Abwicklung des Ostens wird in dieser Krise die Abwicklung der Subventionskultur des Westens in allen Bereichen vollzogen. Die Krise heißt daher ›Abwicklung West‹.«¹

Robin Detje

Es steckt viel Behauptung darin, den Osten Deutschlands als Avantgarde, als Vorreiter für Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und institutionellen Strukturen zu sehen, und noch mehr darin, diese mit Innovation gleichzusetzen. Zumal in der Kultur, wo die Veränderungen in den vergangenen 15 Jahren nicht zuvorderst in Erneuerungswillen und Pioniergeist, sondern in der Geldnot der Länder und Kommunen begründet lagen. In den neuen Ländern hat dies weit umfassendere Strukturveränderungen erfordert als je in den alten Ländern vorgenommen wurden. Dabei vollzieht sich ein Paradigmenwechsel, ein Kulturbruch, der Ostdeutschland tatsächlich zum Vorreiter machen könnte – im Umgang mit der Krise der öffentlichen Kassen, die zur Krise der bisherigen Grundvereinbarungen darüber wurde, welchen Stellenwert Kultur in der Gesellschaft einnehmen soll. Von den sich verändernden Rollenverteilungen innerhalb dieses Prozesses, vom manchmal erstaunlichen Wandel im Umgang der Politik mit Kunst und Kultur und vice versa, von den Erfolgen und Fehlschlägen im Krisenmanagement, von den neuen Formen des Kulturbetriebs und dessen neuer Zeitweiligkeit könnte der Westen Substantielles lernen.